

USA

Schattenkandidat Biden

Die Ankündigung von Vizepräsident Joe Biden, sich nicht um das Amt des Präsidenten zu bewerben, aber aktiv in den Wahlkampf einzugreifen, wird im Lager der Demokratin Hillary Clinton mit Sorge betrachtet. Biden positionierte sich in seiner Rede am Mittwoch außenpolitisch in scharfem Kontrast zu Clinton – und verteidigte den zurückhaltenden Kurs Barack Obamas. Das Argument, „dass wir etwas tun müssen,

wenn üble Typen etwas Übles tun“, so Biden, sei „kein ausreichender Grund für eine amerikanische Intervention“. Damit vertritt Biden im Syrien-Konflikt eine grundsätzlich andere Auffas-



Biden, Clinton

CLIFF OWEN / AP / DPA

sung als Clinton, die ein aktiveres Eingreifen und eine Flugverbotszone fordert. Auch in Afghanistan befürwortete Biden den Truppenabzug, in Libyen sprach er sich gegen das Bombardement aus, während Clinton in beiden Fällen für ein stärkeres militärisches Engagement votiert. Clinton hatte zuletzt mehrfach Obamas Politik kritisiert. So sprach sie sich gegen das transpazifische Freihandelsabkommen aus. Clintons Anhänger fürchten nun, dass Bidens Wahlkampfauftritte ihrer Bewerbung eher schaden könnten. hst

China

Der Sündenbock

Vor dem China-Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel kommende Woche gerät ihr Gastgeber, Premier Li Ke-qiang, zunehmend unter Druck. Parteiführer, Unternehmer und Netz-Kommentatoren haben Li offenbar als Hauptschuldigen der jüngsten Börsenkrise ausgemacht. Der Premier müsse als Sünden-

bock herhalten, sagt der bekannte Peking-Kommentator Zhang Lifan: „Es würde mich nicht überraschen, wenn er 2017 keine zweite Amtszeit mehr bekommt.“ Staatspräsident Xi Jinping habe seinen Premier „in den Schatten gestellt“, eine vornehme Umschreibung für die interne Entmachtung. Xi und sein Wirtschaftsteam haben Lis Kompetenzen weitgehend übernommen. In China ist

der Premier traditionell für die Wirtschaft zuständig. Der einflussreiche Unternehmer Levin Zhu hatte Lis Regierung sogar öffentlich angegriffen, sie versenke Milliarden in sinnlose Projekte. Li sei „der schwächste Premier in der chinesischen Geschichte“, schreibt ein Autor im Internet. Als Nachfolger werden der Bürgermeister Chongqing und der KP-Chef von Shanghai gehandelt. bza



Flughafen Kiew-Boryspil

ALDORE IMAGES / VARIO IMAGES

Ukraine

Luftnummer

Was bewegt nur die ukrainische Regierung dazu, erneut den Konflikt mit Russland zu suchen – jetzt, da an der Waffenstillstandslinie im Donbass Ruhe herrscht? Von Sonntag an werden auf Weisung von Präsident Petro Poroschenko und Premier Arsenij Jazenjuk die ukrainischen Flughäfen für alle russischen Flugge-

sellschaften gesperrt. Begründet wird der Schritt damit, die Airlines hätten weiter auch die völkerrechtswidrig annektierte Krim angefliegen und seien deswegen auf eine Sanktionsliste gesetzt worden. Die Entscheidung trifft aber vor allem Ukrainer, die bisher zur Arbeit oder zu Verwandten nach Russland reisten. Als Antwort hat Moskau ukrainischen Gesellschaften

das Anfliegen russischer Flughäfen verboten – Passagiere müssen künftig den Umweg über Weißrussland, Moldau, Lettland oder die Türkei nehmen. Auch finanziell schneidet Kiew sich ins eigene Fleisch: Die größte Fluggesellschaft, Ukraine International Airlines, rechnet mit jährlich über 35 Millionen Dollar Verlust. Das Staatsunternehmen Ukraeroruch, das die Flüge durch den ukrainischen Luftraum steuert, muss auf etwa zehn Millionen Dollar Gebühren verzichten. Die Firma ist schon seit dem Abschuss der malaysischen MH17 angeschlagen, denn viele Fluglinien meiden seither die Ukraine. Die Zahl der Überflüge wird in diesem Jahr von einst 534 000 auf 160 000 zurückgehen – damit brechen Transiteinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe weg. cne

Griechenland

„Wer nicht zahlen kann, der hat Pech“

Leandros Rakintzis, 77, ist Generalinspekteur der öffentlichen Verwaltung. Der Exrichter am Obersten Gerichtshof soll Verschwendung und Korruption in Behörden aufdecken.

SPiegel: Drei griechische Regierungen hat Brüssel bereits ultimativ zur Bekämpfung der Korruption aufgefordert. Was hat das bislang gebracht?

Rakintzis: Nicht viel. Alle wollten das Messer tief ansetzen, um das Geschwür herauszuschneiden. Aber niemand ist bis zum Kno-

Giftiger Qualm

hat sich in der indonesischen Stadt Palangkaraya über den Fluss gelegt, an dem ein Fischer trotzdem weiter seiner Arbeit nachgeht. Der beißende Rauch, der durch Brandrodungen und Waldbrände entsteht, hüllt große Teile Südostasiens ein. Über 25 Millionen Menschen sind betroffen.



HARIS SADIKIN / AFP

chen vorgestoßen. Dazu fehlte der politische Wille. Die Briefumschläge mit Bestechungsgeldern sind dünner geworden, aber dieses Fake-laki-System gibt es weiterhin. **SPIEGEL:** Was bedeutet das im Alltag für die Griechen?



GIORGOS MOUTAFIS / ANZENBERGER

Rakintzis: Wenn ein Arzt für eine dringende Operation vor ein paar Jahren 5000 Euro verlangte, sind es heute nur noch 300 Euro. Aber das ist eine Folge der Krise, nicht der Korruptionsbekämpfung. Wer nicht zahlen kann oder will, der hat Pech. Ein Athener Herzchirurg hat im Frühjahr von einem Patienten für einen notwendigen Eingriff Geld verlangt. Die Angehörigen weigerten sich, der Mann musste warten und starb. Ein besonders krasser Fall. **SPIEGEL:** Welches Ausmaß hat die Korruption insgesamt? **Rakintzis:** Schätzungsweise 33 Milliarden Euro im Jahr! 20 Milliarden durch Korruption und Vetternwirtschaft und 13 Milliarden durch Miss-

stände in der Bürokratie. Würden wir das stoppen, hätten wir in zehn Jahren unsere Schulden bezahlt. **SPIEGEL:** Wo ist die Korruption besonders verbreitet? **Rakintzis:** Vor allem im öffentlichen Dienst, an Universitäten und im Gesundheitswesen. Zudem dort, wo staatliche Mittel vergeben werden. Ein Beispiel: Ein Bauunternehmen hat 17 Millionen Euro aus EU-Mitteln kassiert, um eine Umgehungsstraße in Sparta zu bauen. Ingenieure bescheinigten die ordnungsgemäße Fertigstellung – obwohl die Straße nur zu 30 Prozent gebaut war. Jetzt verlangt die EU ein Bußgeld von zehn Millionen Euro von uns.

SPIEGEL: Eine Ausnahme? **Rakintzis:** Eher die Regel. Der Bürgermeister einer Gemeinde bei Athen hat zehn Millionen Euro an öffentlichen Geldern auf seinem Privatkonto in der Schweiz deponiert, angeblich weil das Geld dort besser verzinst werde. Wir haben das entdeckt, er hat es zurückgezahlt. Ein Pfortner einer Steuerbehörde in Athen hat von jedem Besucher 50 Cent Eintritt verlangt, er verdiente am Ende mehr als der Direktor der Dienststelle. **SPIEGEL:** Und die Bürger machen das alles mit? **Rakintzis:** Die Griechen fangen langsam an zu verstehen, dass ein Grund für unsere Krise die Korruption ist. mer